



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreise monatlich 1.80 RM. bei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bereich monatlich 1.75 RM. — Einzelnummern 10 Pf. (Postkonto Nr. 20 bei der Oberamtspoststelle Rottenburg Zweigstelle Wildbad). — Konkurs: Enztalzeitung, Wildbad. — Verleger: Josef Volkmann, Wildbad. — Postfach Nr. 2174. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Besten Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restante 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Restausgaben: über wenn geschäftliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassermäßigung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Kreuzer Gaf., Wildbad, Wilhelmstraße 24. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Volkmann.

Nummer 272 Fernruf 479 Donnerstag, den 20. November 1930 Fernruf 479 65. Jahrgang.

Erzherzog Otto großjährig

Budapest, 19. Nov. Der älteste Sohn des letzten habsburgischen Kaisers Otto vollendet am 20. November das 18. Lebensjahr und wird im Sinne des Hausgesetzes der Habsburger großjährig. Es gehen Gerüchte, Erzherzog Otto wolle an diesem Tage Botschaften an die österreichische und ungarische Nation richten und darin unter Betonung seiner Ansprüche auf die österreichische Kaiserkrone und auf die ungarische Krone des heiligen Stefan die Geltendmachung seiner Rechte einem späteren, noch unbestimmten Zeitpunkt vorbehalten. Ein ansehnlicher Teil der Politiker und auch des Volkes in Ungarn sind legitimistisch, dennoch glaubt niemand, daß die Königsfrage rasch gelöst werden könne. Das Land befindet sich heute in einer schweren Wirtschaftskrise, und da steht die Brotfrage an erster Stelle. Abgesehen von diesen Erwägungen, haben die gegenwärtigen Machthaber es nicht eilig, die Königsfrage zu lösen. Die Königin Zita hat es nicht verstanden, mit den Männern des herrschenden Regimes ein gutes Einvernehmen herzustellen. Es wird ihr vorgeworfen, daß sie in ihrem Festhalten an dem gleichzeitigen Anspruch auf die österreichische Kaiser- und die ungarische Königskrone sich dagegen gestraubt habe, daß Otto nur ungarischer König werde. Sie hat auch an die tschechischen Kreise Annäherung gesucht. Selbst die Legitimisten sind sich klar darüber, daß Otto ohne Zustimmung des Auslandes nicht zurückgebracht werden kann. Der Kleine Verband verkündete erst jüngst, daß die Rückkehr Ottos ein Kriegsfall wäre. Die Legitimisten hoffen aber, daß sich binnen kurzem eine außenpolitische Lage ergeben werde, in welcher der Widerstand des Kleinen Verbandes niedergelämpft werden könne. Die Regierung müßte immerhin die Zustimmung Italiens, Englands und Frankreichs einholen. Nachdem Mussolini nach der Meinung der Legitimisten, heute bereits zu der Erkenntnis gelangt sei, daß es keine bessere Lösung gebe als die Wiedereinführung der Habsburger, England sich unbeteiligt zeige, Frankreich aber eine offene Stellungnahme vermeide, dürfte die Frage durch ein entschiedenes Auftreten Mussolinis im gegebenen Zeitpunkt gelöst werden. Man erwartet, daß der Kleine Verband sich mit einem förmlichen Einspruch begnügen würde.

Tagespiegel

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat einen Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, für die Opfer des Grubenunglücks in Alsdorf bis zu zwei Millionen Mark bereitzustellen.

Der amerikanische Senator Bingham kündigte an, daß er im Dezember einen Antrag auf Zulassung eines vierprozentigen Biers einbringen werde. Der Antrag ist aber beim gegenwärtigen Parlament aussichtslos.

Auf der Wirtschaftskonferenz in Genf forderte der rumänische Handelsminister namens Rumäniens, Bulgariens, Ungarns, Polens und Südfrankens ein „Vorzugssystem“ für Weizen, Mais, Gerste, Hafer, Roggen und ihre Nebenprodukte aus diesen Ländern mit der Auszeichnung von der Meißelbegünstigungsklausel. Die Agrarstaaten würden sonst die Industrieerzeugnisse der widerstrebenden Weststaaten mit höheren Zöllen belegen. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Posse, erklärte, Deutschland sei zu Verhandlungen bereit, er müsse aber darauf hinweisen, daß Deutschland kein Industrieland, sondern ein gemischt-wirtschaftliches Land sei. Auch bei den jetzigen Zöllen sei es für Deutschland schwer, auf den südeuropäischen Markt zu kommen. Die Frage des Präferenzsystems wurde einem besonderen Ausschuss überwiesen.

Der Ertragnis mit den Verwaltungskosten in teilem Einklang stehe, bestimmte Mindereinnahmen ergibt, insbesondere auch durch die vorgesehene Vereinfachung der Agrar- und Realsteuern, sollte nach dem Wunsch des Reichsfinanzministers ohne Ausgleich der geringeren Einnahmen für die Länder verabschiedet werden. Es war sogar geplant, den Reichsanteil an der zu erwartenden Mindereinnahme bei den Länderüberweisungen abzustreichen. Der Reichsfinanzminister empfahl den Ländern, diesen Ausfall vor allem auf dem Gebiet einiger Verbrauchssteuern, etwa der Bier- oder Getränkesteuer, herbeizuführen. Hiergegen wandte sich vor allem der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, worauf der Reichsfinanzminister andere Vorschläge machte, ohne daß es bis jetzt zu einer Verständigung gekommen wäre.

Neuordnung des Schulwesens in Preußen

Berlin, 19. November. Der preussische Kultusminister Grimme (Soz.) beabsichtigt eine Neuordnung des Schulwesens in Preußen. Als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit soll die Schulpflicht auf die Fünfzehnjährigen ausgedehnt werden, der Beginn der Schulpflicht aber vom 8. auf das 7. Lebensjahr heraufgesetzt, dagegen sollen die Kinder von 6 Jahren in einer Art staatlicher Kindergärten untergebracht werden. An den höheren Schulen soll die Oberprima abgeschafft und die Reifeprüfung durch eine andere Art der Prüfung ersetzt werden. Die Hochschulen sollen eine Aufnahmeprüfung abhalten, zu der auch solche zugelassen werden, die keine höhere Schule besucht haben. Der preussische Handelsminister Schreiber (Dem.) befindet sich bezüglich des Schuljahres in einem Gegensatz zu Grimme; er will, daß das neunte Schuljahr nicht der gewöhnlichen Schulbildung, sondern der Berufsausbildung dienen soll. Die Pläne stoßen namentlich in akademischen Kreisen auf Widerstand, weil durch die Neuordnung namentlich an den höheren Schulen der Vorbildungsstand der jungen Leute für das Hochschulstudium noch mehr herabgedrückt und verflacht werde, als es bereits geschehen sei. Durch das „kleine Mittel“ des neunten Volksschuljahres könne die Arbeitslosigkeit nicht behoben werden und die Gesamtkosten und Opfer des neunten Schuljahres werden größer sein als die Ersparnisse, die man dabei allenfalls an der Arbeitslosenunterstützung machen könnte.

Einspruch des Deutschen Beamtenbunds

Berlin, 19. Nov. Die Leitung des Deutschen Beamtenbunds hat zu dem Beschluß der Reichsratsausschüsse, die Gehaltserhöhung bereits am 1. Februar statt 1. April n. J. eintreten zu lassen — was die Reichsregierung selbst nicht vertreten wollte — erklärt: Der Beamtenbund sei über den Beschluß empört, und er lehne es entschieden ab, sich zum Gegenstand eines politischen Geschäfts machen zu lassen. Er erwarte von der Vollziehung des Reichsrats, daß er dem Beschluß der Ausschüsse nicht zustimme.

Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die Gehaltserhöhung selbstverständlich auch die Beamten aller Grade bei der Reichsbahn treffen werde.

Büdo Metallputz

putzt alle Metalle erstaunlich rasch spiegelblank

Staatspartei und Reichsbanner

Berlin, 19. Nov. In einer jungdemokratischen Versammlung in Potsdam erwiderte der neue staatsparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Wünsch auf die Frage, wie er sich zum Reichsbanner stelle: Das Reichsbanner sei nichts als eine Schutztruppe der Sozialdemokratie. Sollte die Staatspartei ihren Mitgliedern den Beitritt zum Reichsbanner empfehlen, so werde er mit seinen Freunden die Staatspartei wieder verlassen und sein Reichstagsmandat niederlegen.

Die Münchener Abteilung des Reichspostministeriums

Berlin, 19. Nov. Zu der Forderung eines Blatts auf Aufhebung der Münchener Abteilung des Reichspostministeriums wird mitgeteilt, daß die Aufhebung dieser Abteilung, die auf Grund eines Staatsvertrags zwischen dem Reich und Bayern eingerichtet worden ist, nur in beiderseitiger Übereinstimmung aufgehoben werden kann. Die Abteilung, die für alle bayerischen Postfragen, soweit sie nicht dem Reichspostminister unmittelbar zur Entscheidung unterliegen, zuständig ist, hat sich seit ihrem Bestehen praktisch bewährt, so daß kein Anlaß zur Aufhebung besteht.

Die Aenderung des bayerischen Wahlrechts

München, 19. Nov. Die den Parteien zugegangenen Richtlinien für ein neues bayerisches Wahlgesetz bringen zwei grundsätzliche Aenderungen, die bedingt notwendig geworden sind auf Grund der Entscheidung des bayerischen Staatsgerichtshofes und der vom Reich erhobenen Einwände. Die Inhaber der 15 Landtagsmandate, die bisher von den Parteien nach dem Abschluß der Wahlhandlung aus der Reststimmen vergeben worden sind, sollen künftig genau wie beim Reichswahlrecht auf Grund eines vorher von den Parteien eingereichten Wahlarbeitsplans gewählt werden. Die zweite Aenderung betrifft die Spalterparteien. Künftig wird als Schwellenzahl für die Wahl eines Landesabgeordneten die niederste Verteilungszahl aus den acht Wahlkreisen genommen werden, wogegen bisher eine Partei in wenigstens einem Wahlkreis die Verteilungszahl dieses Wahlkreises erreicht haben mußte, um zur Reststimmeverteilung zugelassen zu werden.

Preissenkung und Gehaltserhöhung in Italien

Rom, 19. Nov. In Italien ist man daran, den Brotpreis zu senken. Der frühere Finanzminister de Stefani berechnete, wenn der Brotpreis um 20 Centesimi (rund 4/5 Pfennig) für das Kilogramm herabgesetzt würde, so würde dies für die italienische Volkswirtschaft eine Ersparnis von 1000 Millionen Lire (220 Mill. Mark) bedeuten. Auf Veranlassung Mussolinis wird der am Montag zusammen tretenden Kammer ein Vorschlag vorgelegt zur Errichtung einer Prüfungsanstalt für die beste, billigste und zweckmäßigste Getreideverwertung und Brotherstellung.

Der Ministerrat hat mit Rücksicht darauf, daß der Haushalt für die ersten vier Monate des laufenden Finanzjahres einen Fehlbetrag von 729 Millionen (160 Mill. Mark) aufweist, eine Verordnung angenommen, durch die die Bezüge jeder Art des gesamten vom Staat oder von öffentlichen Betrieben beschäftigten Personals um 12 v. H. herabgesetzt werden. Die Herabsetzung steigert sich auf 25 v. H. für die Einkommen über 40 000 Lire (8800 Mark) jährlich und auf 35 v. H. für diejenigen über 60 000 Lire (13 200 Mark) in allen staatlichen Verwaltungen und irgendwie vom Staat abhängigen Betrieben. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember in Kraft. Diese Maßnahme wird mit folgenden Erwägungen begründet: 1. Die Bezüge der Arbeiter aller Kategorien sind in den letzten Monaten beträchtlich herabgesetzt worden. 2. Es liegt im Interesse der Staatsangestellten selbst, daß das Gleichgewicht des Haushalts gewahrt wird. 3. Die Senkung der Bezüge soll und wird eine weitere Beschleunigung im Nachgeben der Kleinhandelspreise und der Mieten herbeiführen.

Von der Gehaltserhöhung werden fast eine halbe Million Beamte und Angestellte der staatlichen Betriebe Italiens betroffen. Außer dem eigentlichen Beamtenpersonal, das mit ungefähr 60 000 angegeben wird, gehören dazu 190 000 Beamte und Angestellte der Eisenbahn, Post und Telegraph, die bei den Staatsmonopolen Angestellten, deren Zahl sich auf 25 000 beläuft, und überdies 160 000 Gemeindebeamte, Lehrer usw. Ihre Jahresbezüge betragen laut „Giornale d'Italia“ zurzeit 9 Milliarden Lire, so daß sich durch die zwölfprozentige Kürzung eine Jahresersparnis für den Staatshaushalt, die Gemeindefinanzen und die Staatsbetriebe von über 1 Milliarde ergibt.

Südslawien und Frankreich

Paris, 19. Nov. König Alexander von Südslawien erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des Pariser „Journal“, er befinde sich nicht im Schlepptau Frankreichs, aber die Südslawen lieben Frankreich und trieben einen wahren Kult mit Frankreich. Südslawien und Frankreich hätten die gleiche Hoffnung. Er stelle nicht

Das tragische Schicksal des Generals Mirescu

Der gestohlene Mobilmachungsplan

Anlässlich des Todes des rumänischen Generals Ludwig Mirescu, der am 17. November in Bukarest verstorben ist, sind laut „Pester Lloyd“ folgende Einzelheiten bekannt geworden: Vor ungefähr zwei Monaten war das Gerücht verbreitet, daß der General sich vergiftet habe, da damals das Verschwinden eines wichtigen militärischen Dokumentes aus dem Militärarchiv entdeckt worden war. Es handelte sich um den Plan der gemeinsamen Mobilmachung Rumäniens, Polens und der Tschechoslowakei im Fall eines Angriffs durch Sowjetrußland. Der Plan wurde damals im Nachdruck in der tschechischen Presse veröffentlicht, und so wurde erst die rumänische Militärbehörde auf das Verschwinden des Dokumentes aufmerksam. Es stellte sich heraus, daß das Dokument dem General Mirescu, damals Kriegsminister, anhand gekommen war. Der General hatte sich zum Sommeraufenthalt in den Bodeort Dornawatra begeben und dort die Bekanntschaft einer Dame gemacht, die eine Spionin war und ihm das Dokument entwendete. General Mirescu hatte damals niemand über das Verschwinden des Dokumentes Mitteilung gemacht. Erst zwei Monate später wurde durch die Veröffentlichung des Dokumentes in der ausländischen Presse die Aufmerksamkeit der rumänischen Militärbehörde darauf gelenkt. Damals verlautete, daß der General nach seiner Genesung vor ein Militärgericht gestellt werden würde. Durch seinen Tod hat nun diese Angelegenheit ihren Abschluß gefunden.

Neue Nachrichten

Brüning und die Sozialdemokratie

Berlin, 19. Nov. In der Sitzung des Vorstands der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gaben die Fraktionsmitglieder, die mit Reichstanzler Brüning verhandelt hatten, Kenntnis davon, daß Dr. Brüning bereit ist, auf Änderungsverschlüsse zum Finanz- und Sanierungsprogramm einzugehen, wenn durch sie der Sinn und das Ziel der Sanierung nicht gestört werde. Die Sozialdemokraten werden beantragen, die Bürgersteuer zu beseitigen oder wenigstens zu staffeln. — Die Steuer ist bereits gestaffelt.

Streit wegen des Steuervereinfachungsgesetzes

Berlin, 19. Nov. Bei der Aussprache über die Steuervereinfachungsgesetze kam es gestern im Reichsrat zu einer scharfen Auseinandersetzung. Das Vereinfachungsgesetz, das durch Beseitigung kleiner Steuermöglichkeiten,

